



An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, den 13.09.2018

Änderungsantrag der AfD Stadtverordnetenfraktion zum Antrag der Grünen zum Thema
„Weg für eine kulturelle Nutzung des Walhallas ebnen“ (19-F-03-0005)

Der Wortlaut des Antrags der Grünen wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Antrag der Grünen	Änderungsantrag der AfD-Fraktion
<p>I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie der aktuelle Sachstand zum Walhalla ist? 2. welcher Zeitplan zur Sanierung beabsichtigt ist? 3. welche Gutachten bisher zu welcher Bausituation beauftragt wurden und welches Ergebnis diese Gutachten hatten? 4. welche Kosten für diese Gutachten bisher entstanden sind? 5. welche Sanierungskosten bisher durch diese Gutachten prognostiziert wurden? 6. unter welchen Bedingungen der in Rede stehende Zuschuss des Bundes sichergestellt werden kann. 	<p>I. unverändert</p>
<p>II.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine kulturwirtschaftliche Nutzung des Walhalla Theaters. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen sollen diese Nutzung sicherstellen. 2. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit dem Kulturbeirat und dem Ausschuss für Schule, Kultur und 	<p>II.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass das Walhalla auch in Zukunft Räumlichkeiten für kulturwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung stellen soll. 2. Eine Festlegung auf bestimmte Nutzungsformen kann erfolgen, sobald konkrete Konzepte mit Kostenkalkulation

<p>Städtepartnerschaften die Anforderungen festzulegen, die eine kulturwirtschaftliche Nutzung ermöglichen.</p> <p>3. Der Magistrat wird weiter gebeten, sodann eine Kostenkalkulation vorlegen (sic), welche Finanzmittel nötig wären, um das Walhalla in städtischer Regie unter den obengenannten Prämissen zu sanieren. Dabei ist ein angemessener Betriebszuschuss für einen kulturellen Betrieb in den künftigen Haushaltsplänen zu berücksichtigen, damit keine vollständige Umlage der anfallenden Sanierungskosten auf die Betriebsmiete erforderlich wird.</p>	<p>inklusive Sanierungs- und Betriebskosten vorliegen.</p>
--	--

Dr. Klaus Lork
Fachpolitischer Sprecher
AfD Stadtverordnetenfraktion

Philipp Schumacher
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion